

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Eduard Schönbauer, Dresden,  
Haupt der Arbeiter, Amalienstraße  
und Heumann, E.-G., Dresden,  
Gebrüder Kretschmer, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch alle ohne Entgelt höhere Beweismittel, bei der Beilage der Dresdner Volkszeitung (ohne Anschlag auf Rückführung des Postwertes) oder auf Nachlieferung der Zeitung

Belegpreis mit der üblichen Unterhaltungsbekanntmachung: 10 Pf. (100 Exemplare 100 Pf.)  
Einzelnummer: 10 Pf.  
Telefonamt: Dresden Nr. 1208

Schriftleitung: Altonaer Platz 10, Altona, Nr. 1208  
Verleger: Eduard Schönbauer, Dresden,  
Haupt der Arbeiter, Amalienstraße  
und Heumann, E.-G., Dresden,  
Gebrüder Kretschmer, Dresden.

Wochenpreis: 60 Pf. (100 Exemplare 60 Pf.)  
Monatspreis: 1,80 M.  
Quartalspreis: 5,40 M.  
Halbjahrspreis: 10,80 M.  
Jahrespreis: 21,60 M.

Nr. 264

Dresden, Donnerstag, den 12. November 1931

42. Jahrgang

## Gefährdete Volksgeundheit

### Folgen der Arbeitslosigkeit

Nach einer Denkschrift, die der Reichsinnenminister dem Reichstag vorlegte, betrug die Bevölkerung Deutschlands im Deutschen Reich zu Beginn des Jahres 64,8 Millionen. In den letzten Jahren der Geburtenrückgang. Seit 1900 ist die Zahl der Lebendgeborenen von fast zwei Millionen auf 1,26 Millionen im Jahre 1930 gesunken. Die Denkschrift betont, daß schon im nächsten Jahrzehnt ein vollkommener Stillstand der Bevölkerungszunahme eintreten wird und daß wir dann fortschreitende Bevölkerungsverluste erleben werden. Dieser Rückgang der Bevölkerung wird eintreten, nachdem im Kampfe gegen Krankheit und Tod gewaltige Erfolge erzielt wurden. Die Sänglingssterblichkeit, die früher einen großen Teil der Neugeborenen hinwegraffte, hat sich in den Jahren 1920/31 wieder verringert, ebenso ist die Kleinkindersterblichkeit zurückgegangen, und Krankheiten wie Cholera, Gelbfieber und Pest, denen früher oft ein großer Teil der Bevölkerung zum Opfer fiel, sind in Deutschland nicht aufgetreten. Aber trotzdem kommt die Denkschrift zu der Feststellung, daß die Quellen unserer Volkskraft allmählich zu versiegen drohen. Bei dem häufig zunehmenden Geburtenrückgang müßte eine starke Überalterung des Volkes eintreten, und augenblicklich besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit allmählich zu einer schwer auszuhaltenden Rückwärtsbewegung des Gesundheitszustandes führen müsse.

gründe gegangen wären, dafür aber bleiben in dieser kapitalistischen Welt viele Millionen ohne Arbeit und haben dabei im besten Falle nur das allergeringste Brot. Doch bei diesem Zustand schwere Gefahren für die Volksgeundheit eintreten, ist klar. Nicht nur, daß die Unterernährung schwere Schäden für die Gesundheit mit sich bringen muß, auch die Ketten vieler Menschen werden heute durch Not und Arbeitslosigkeit zermürbt. Was nützt es, wenn wir so sehr viel besser wie früher leben zu erhalten verbleiben, wenn dafür die Menschen einem derartigen Elend ausgeliefert werden?

Doch unter derartigen Umständen die Geburtenzahl zurückgeht, ist kein Wunder; täglich müssen wir sehen, daß gerade die heranwachsende Jugend keine Arbeit, keinen Platz im Erwerbsleben finden kann. Ist doch die Gefahr nur zu groß, daß jeder neue Erdenbürger ein angehender Refrut der großen industriellen Noterntezeit ist. Angesichts des drohenden Bevölkerungsrückganges muß besonders unseren echt nationalen Leuten Angst und Bange werden, und sie mühen bemüht sein, die soziale Fürsorge soweit als möglich auszubauen, um der drohenden Bevölkerungsabnahme zu begegnen. Wäßen doch alle Träume von der Macht und Größe des deutschen Volkes zunichte werden, wenn das deutsche Volk wirklich zu einem sterbenden Volke wird. Aber es wird dabei bleiben, daß gerade diese Kreise auch weiter die Schrittmacher der sozialen Reaktion sind, denn die ganzen schönen Phrasen von Vaterland und Nation sollen nur dazu dienen, um die Massen zu benebeln, damit sie sich dann um so leichter für die Zwecke der Herren vom Großkapital mißbrauchen lassen.

Wir haben es herrlich weit gebracht. Wir können jetzt die Epidemien bannen, die früher über die Länder hingingen. Unsere Wissenschaft hat uns gelehrt, Krankheit und Tod mit den größten Erfolgen zu bekämpfen. Wir können heute Millionen Menschen erhalten, die in früheren Zeiten zu-

## China und Japan

### Der Krieg im Fernen Osten

Wenn der Völkerbundsrat am 16. November in Paris zu einer außerordentlichen Session abermals zusammentritt, wird er keine Entspannung, sondern vielmehr eine weitere überaus kritische Zuspitzung des chinesisch-japanischen Konflikts um die Mandchurei registrieren müssen. Der Völkerbundsrat vom Oktober, der Japan eine Räumung der neu besetzten Orte und Stützpunkte vorschrieb, ist nicht befolgt worden. Umgekehrt sind japanische Truppen weiter vorgezogen, japanische Flugzeuge haben wiederum Bombenangriffe ausgeführt und in anderen chinesischen Gebieten, wie in Tientsin, ist es neuerdings zu Schieberereien zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. Wo die Chinesen können, setzen sie sich zur Wehr und an der strategisch wichtigen Nonnibrücke haben sich regelrechte und blutige Schlachten mit wechselndem Erfolg abgepielt. Das alles schafft eine sehr ernste Lage, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch für alle indirekt im Fernen Osten besonders interessierten Regierungen und schließlich nicht zuletzt für den gesamten Völkerbund.

Als derzeitiger Völkerbundpräsident hat Briand beide Staaten, insbesondere Japan, ermahnt, die Beschlüsse des Rates zu befolgen, aber der bisherige Mißerfolg dieser Mahnung ist offenkundig. Die Regierung von Nanking beteuert immer wieder ihre Loyalität gegenüber dem Völkerbund, hat aber anscheinend die Generale in den weitentfernten Gebieten der Mandchurei nicht mehr in der Hand. Sie leisten nicht nur militärischen Widerstand, sondern sind zum Gegenangriff übergegangen, wo ihnen der Erfolg zu winken scheint. Die Regierung von Tokio hingegen vertritt die Billigkeit des Völkerbundsbeschlusses überhaupt zu bestreiten und verschärft sich immer wieder hinter jenen Vorbehalt, dessen Unterzeichnung der Rat auf seiner letzten Tagung ausdrücklich abgelehnt hatte. Sie erklärt, daß China vorerst die „grundlegenden Prinzipien“ des Konflikts, also die „Rechte“ Japans in der Mandchurei, bestätigen müßte, bevor Japan mit China über eine etwaige Räumung der neu besetzten Ortschaften überhaupt verhandelt. Im übrigen beantragt sich Japan damit, die Richtigkeit der neuen chinesischen Anklagen zu bestreiten, die Schuld an den blutigen Zusammenstößen auf die Chinesen abzuwälzen und vor allem mit dem Argument der chinesischen „Händerhaken“ zu operieren. Da aber Japan zu gleicher Zeit einen chinesischen Vorschlag einer Entsendung von neutralen Sachverständigen an Ort und Stelle immer wieder kategorisch ablehnt, ist man berechtigt, seinen Darstellungen der Vorgänge das stärkste Mißtrauen entgegenzusetzen.

Wird es nun der Pariser Ratstagung gelingen, den sich immer weiter ausbreitenden Konflikt beizulegen, der neuerdings um so bedenklichere Formen angenommen hat, als die Sowjetunion aus ihrer bisherigen Reserve hervortritt? Man muß den Mut haben, den Tatsachen, mögen sie noch so unangenehm sein, ins Gesicht zu sehen. Deshalb muß gegeben werden, daß die Ausschüsse für den Völkerbund, seinen Willen durchzusetzen und den Frieden im Fernen Osten zu erzwingen, gegenwärtig nicht auf stehen. Japan hat vielmehr mit vollem Bewußtsein für sein imperialistisches Vorgehen in der Mandchurei den Augenblick gewählt, von dem es wußte, daß die Großmächte unfähig zu einer energischen Gegenaktion sein würden. Die Weltwirtschaftskrise nimmt die Regierungen in Europa und Amerika so stark in Anspruch, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sind, so energisch angunstigen Chinas in der Mandchurei einzugreifen, wie sie es in anderen Zeiten zweifellos tun würden. In den Jahren 1920/21 hatte Japan nicht nur die gesamte Mandchurei, sondern darüber hinaus den östlichen Teil Sibiriens militärisch besetzt. Damals mußte es unter dem stärksten Druck der Ver-

## Naziterror im Norden

### Wilde Zustände in Estlin

Estlin, 12. November. (Fig. Funl.) Die Stimmung in der Stadt ist fürchterlich. Das Reichsbanner ist zum Freiwill geworden. In größeren Gruppen stehen die Nazis durch die Stadt und bedrohen den Reichsbannermann. Eine Anzahl Personen, darunter ein gänzlich Unbeteiligter, sind von ihnen niedergelagert worden. Frauen werden beleidigt und ausgerempelt. Beschwerden bei der Regierung und beim Polizeikommando sind ergebnislos geblieben. Beide Stellen erklären, daß von polizeilicher Seite aus der Bevölkerung ein höherer Schutz gegen die Naziführer nicht gewährt werden kann.

Estlin gehört zu Oldenburg und liegt im Oldenburg-Landestheil Albed, wo das Agrarierum herrscht und die Oberhand hat. Wenn die Oldenburger Behörden nicht zustande sind, verfassungsmäßige Zustände zu garantieren und die verfassungsmäßigen Rechte zu schützen, so wird es die verfassungsmäßigen Rechte zu schützen, so wird es die Zeit, daß die Reichsregierung eingreift und den Naziterror ein Ende macht.

## Die „Schwarze Hand“ in Schleswig-Holstein

Worms, 11. November. (Fig. Drahtb.) Die Versteigerung für Steuerfrei und Verhinderung von Zwangsversteigerungen wird jetzt auch in dem nachverkauften Westen der Provinz Schleswig-Holstein auf die Arbeiter ausgedehnt. In den Kreisen der Nazis sammeln die Bauernführer Unterstützung der Arbeiter, die eine Solidaritätsverpflichtung gegenüber der Herberung nach dem Steuerfrei darstellen. Die nicht mitmacht, wird bedroht und bekommt die „Schwarze Hand“ ins Haus, d. h. ihm wird nachts ein Stein durchs Fenster geschoben, auf dem eine schwarze Hand gemalt ist. Das bedeutet, daß die so Bedrohten von den Bauern nicht als mehr Arbeiter zu kommen werden. Nach den Anschlägen der Zwangsversteigerungen sollen bereits mehr als 30 Arbeiter unter Zwang die Solidaritätsverpflichtung unterschreiben haben. Wenn sie nicht zustimmen, wird Zwangsfolge zu ziehen.

Mit Recht werfen die Arbeiter die Frage auf, ob der Landtagswahlkampf in so wenig Macht hat, daß er einen derartigen Terror nicht zu unterbinden vermag.

## Überfall auf ein SPD-Blatt

Stuttgart, 11. November. (Fig. Drahtb.) Die Ausschreitungen der Nazis werden auch in Württemberg immer unerträglicher. In Ludwigsburg drang ein Trupp nationalsozialistischer Rowdys in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Redaktions- und fragte Büroangestellte nach dem Schriftleiter, den Landtagsabgeordneten Schuler. Als ihnen die Antwort gegeben wurde, daß Schuler nicht anwesend sei, erklärte einer der Nazis: „Dann ist leider nichts zu machen. Wir hätten ihn schon gestern haben sollen. Wissen Sie nicht, wo Herr Schuler und in die Quere kommen kann?“

Ein Reichsbannermann, der die Nationalsozialisten in die Geschäftsstelle eindringen sah, verständigte sofort einige in der Nähe befindliche Kameraden, die die Nationalsozialisten zur Rede stellen. Die Folge waren Auseinandersetzungen auf der Straße. Plötzlich wurden die Reichsbannerleute von etwa 30 auf Fahrrädern aus einer Kaffeebarne herbeigeeilten Nationalsozialisten mit Schlagringen und Messern überfallen und verlegt. Als schließlich die Polizei auf dem Kampfplatz erschien, suchten die meisten Nationalsozialisten schleunigst das Weite. Nur sechs Nazis konnten festgenommen werden. Mit ihnen mußten auch die fünf Reichsbannerleute den Weg zur Polizeiwache antreten. Nachdem die Nazis und die Reichsbannerleute einem Verhör unterzogen worden waren, wurden sie auf freien Fuß gesetzt.

## Gegen den Faschismus

### Bombenanschlag auf ein italienisches Konsulat

20 Personen verletzt  
U. Kewstz, 12. November. (Fig. Funl.) Auf das Haus des italienischen Botschafts in Seranien in Venedig wurde am Mittwoch ein Bombenanschlag verübt, durch den das dreistöckige Gebäude fast völlig zerstört wurde. Der Konsul und seine Frau wurden unter den herabfallenden Trümmern getötet, jedoch nur leicht verletzt. Die Nachbarn wurden zum Teil schwer beschädigt. 20 Personen erlitten Verletzungen. Die Täter werden in antisemitischen italienischen Kreisen gesucht.

## Mordheke der Pastoren

Die evangelische Landeskirche für Schleswig-Holstein hat den Geistlichen verboten, künftig besondere Gottesdienste für politische Kreise in der Kirche abzuhalten. Auch dürfen die Pastoren künftig nicht mehr an den Fahnenmäßen nichtkirchlicher Vereine teilnehmen oder Abzeichen politischer Parteien und Verbände tragen. Die Kirchenregierung sah sich zu der Anordnung u. a. veranlaßt, durch eine Rede des Synepastors Peperhorn-Wißel, in der es u. a. hieß:

„Hinter jedem ermordeten SA-Mann sehen wir nicht den Reichelmörder, sondern das Gesicht des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Den werden wir in unser Herz einbringen, und es wird der Tag kommen, wo wir den Herrgott im Himmel bitten, vergib, daß wir das Gebot der Nächstenliebe überschreiten mußten.“

Drohende solcher Getreden sind von evangelischen Pfarrern losgelassen worden, und die Kirche hat es geduldet — bis sich endlich oben im Norden eine Landeskirche gerührt hat. In anderen Landeskirchen aber darf weiter von Pastoren zum Wort angereizt werden!